sich Hausmarschall Freiherr von Lucker, die Generaladjutanten von Plessen und von Scholl, die Flügeladjutanten Oberst Freiherr von Marschall und Major Freiherr von Senden und Leibarzt Dr. Riedner. Die Garde-Kavallerie-Division besteht aus der ersten, zweiten und dritten Garde-Kavallerie-Brigade, den Maschinengewehrabteilungen 1 und 2 und einer reitenden Abteilung des ersten Garde-Feld-Artillerie-Regiments; die zweite Kavallerie-Division aus der 4. Garde-Kavallerie-Brigade und der 7. Kavallerie-Brigade, sowie der 2. und 3. reitenden Batterie des 4. Garde-Feld-Artillerie-Regiments. Der Kaiser kehrte, nachdem er den Vorbeimarsch der bei der Uebung beteiligten Regimenter abgenommen hatte, gegen 1 Uhr in das Barackenlager zurück und nahm hierauf im Offizierskasino das Frühstück ein. Die Nacht über wird der Kaiser im Lager verbleiben.

* **Kaiser Wilhelm und Kaiserin Eugenie.** Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" schreibt: Ueber den Besuch, den der Deutsche Kaiser auf seiner Nordlandsfahrt der Kaiserin Eugenie abstattete, wird in der ausländischen Presse eine Legende gesponnen, der zufolge die Begegnung auf Ansuchen der Kaiserin durch den Kaiser Franz Josef vermittelt worden sei. Die Kaiserin habe die Gelegenheit benutzt, um dem Deutschen Kaiser bisher bewahrte Geheimnisse von weittragender politischer Bedeutung mitzuteilen. Wir können feststellen, daß diese Geschichte frei erfunden ist. Der Besuch des Kaisers auf der „Thistle" war auch unverabredet. Der Kaiser hatte erst am Tage vorher zufällig von der Anwesenheit der Kaiserin Eugenie auf Molde Kenntnis erhalten.

* **Der eucharistische Kongreß.** In Metz begannen gestern die Sitzungen des Eucharistischen Kongresses. Der Zudrang zu den Versammlungen war so groß (die Zahl der Kongreßmitglieder beträgt 6000), daß die deutschen Ausschußsitzungen wegen Raummangels in die Turnhalle verlegt werden mußten. Die deutschen und die französischen Sitzungen werden besonders abgehalten. Kardinal Fischer-Köln besuchte zuerst die deutsche, dann die französische Versammlung. In der französischen begrüßte er in französischer Sprache die Versammelten und betonte, daß „wir hier nicht Deutsche und Franzosen, sondern Katholiken seien." Er gab seinem tiefen Bedauern Ausdruck über die Verfolgungen, denen die französische katholische Kirche ausgesetzt sei. Bei dem vorgestrigen Empfang in der Kathedrale bestieg zuerst der Bischof von Metz die Kanzel, um den päpstlichen Legaten zu begrüßen. Darauf antwortete Kardinal Banutelli in französischer Sprache. Er dankte der Bevölkerung von Metz für den enthusiastischen Empfang, der alle seine Erwartungen übertroffen habe. Nicht seiner Person habe ja die freudige Begrüßung gegolten, sondern der erhabenen Person dessen, der ihn gesandt habe: des Papstes. Sodann erinnerte Signor an den Zweck des Kongresses und schloß unter Erteilung des apostolischen Segens in französischer und deutscher Sprache. Um 10 Uhr war die Zeremonie beendet.

* **Die Vereinheitlichung der Arbeiterversicherung.** Die „Schweinburgsche Korrespondenz" läßt folgende Erklärung über die wichtigste sozialpolitische Frage der nächsten Jahre vom Stapel: Ueber die in Aussicht genommene Vereinheitlichung der Arbeiterversicherung sind immer noch ganz irrtümliche Vorstellungen verbreitet. Selbst in Handelskammerberichten geht man von der Idee aus, daß es sich dabei um eine Zusammenlegung der gegenwärtig vorhandenen drei Organisationen der verschiedenen Versicherungszweige handele. Es darf deshalb erneut darauf aufmerksam gemacht werden, daß man sich im Irrtum befindet, wenn man von der Annahme ausgeht, daß es sich bei der in Aussicht genommenen Maßnahme um die Beseitigung jetzt bestehender Versicherungsträger handelt. Gewiß gab es eine Zeit, in der man daran dachte, die Arbeiterversicherungsorganisation zu vereinheitlichen. Damals stand noch Herr v. Bötticher an der Spitze des Reichsamts des Innern und Herr Bödiker an der Spitze des Reichsversicherungsamtes. Beide sind inzwischen gestorben. Aber auch damals war der Kreis derer, die alle drei Kategorien von Versicherungsträgern in einen verschmelzen wollten, doch nur recht klein. Dagegen wurde die Idee der Verschmelzung von Krankenkassen mit Invalidenversicherungsanstalten eine geraume Zeit hindurch ernsthaft erörtert. Es sind in dieser Beziehung von den verschiedensten kompetenten Stellen eingehende Denkschriften ausgearbeitet und veröffentlicht worden. Bei dieser historischen Entwicklung der ganzen Frage ist es schon an sich nicht recht verständlich, weshalb man sich in einzelnen Gewerbskreisen und wie gesagt auch in Handelskammern auch darüber aufregt, daß die Existenz der Berufsgenossenschaften in Frage stände. Das ist ja gar nicht der Fall. War schon früher kaum daran gedacht worden, die Berufsgenossenschaften, die sich für die Unfallversicherung so außerordentlich gut bewährt haben, fallen zu lassen, so steht eine solche Eventualität gegenwärtig noch viel weniger in Frage. Es handelt sich jetzt auch gar nicht um die Zusammenlegung der gesamten Versicherungsorganisationen, sondern in der Hauptsache um eine Vereinheitlichung der verschiedensten rechtlichen Bestimmungen bei den staatlichen Versicherungsarten. Man sollte deshalb endlich in Handels- und Gewerbekreisen von der durch nichts begründeten Befürchtung lassen, als wäre die berufsgenossenschaftliche Organisation in Gefahr, aufgehoben zu werden. — Mit Verlaub: Der historische Teil dieser Notiz ist nicht lückenlos. Graf Posadowsky, der auffälligerweise gar nicht genannt wird, hat ausdrücklich die Zusammenfassung aller drei Versicherungsanstalten im Plenum des Reichstages für die letzte und wichtigste Aufgabe seiner Ministerjahre erklärt! Ist die Schweinburg-Auslassung offiziösen Ursprungs, so haben wir jetzt den Beweis vor uns, daß nach dem Sturze Posadowskys mit neuem Kurs gefahren, und daß auf die Nerven der bezeichneten „Handels- und Gewerbekreise" unter dem neuen Herrn eine peinlichere Rücksicht genommen wird.

* **Zur preußischen Wahlrechtsfrage.** Von unterrichteter Seite wird uns geschrieben: Die Mitteilungen, die in der sozialdemokratischen Presse über einen angeblichen Bülowschen Entwurf zur Umgestaltung des preußischen Landtagswahlrechtes gemacht werden, entbehren vollkommen der Begründung. Fürst Bülow hat weder als Reichskanzler noch als preußischer Ministerpräsident die Aufgabe, seinerseits einen solchen Entwurf auszuarbeiten. Diese Aufgabe liegt vielmehr dem preußischen Ministerium des Innern ob, welches bei der Wichtigkeit des Gegenstandes ihn naturgemäß nicht ohne engste Fühlung mit dem gesamten Staatsministerium in Angriff nehmen wird. Vor der Hand hat das Ministerium des Innern nicht einmal einen vorläufigen Entwurf aufgestellt; der Wechsel in der Person des Ministers des Innern bringt selbst für die Aufstellung eines vorläufigen Entwurfes eine natürliche Verzögerung mit sich. Deshalb sind die jetzt auftauchenden Nachrichten ganz verfrüht, sie haben bestenfalls die Bedeutung eines Fühlers. Sicher ist zurzeit nur so viel, daß die Umgestaltung des preußischen Landtagswahlrechtes zu den staatlichen Aufgaben zählt, deren Lösung in absehbarer Zeit versucht werden wird. — Auch Naumann hat bekanntlich inzwischen die Ausstreuungen der „Volksstimme" zurückgewiesen.

* **Der oberschlesische Bergarbeiter-Ausstand.** Durch die Presse gehen Meldungen über den oberschlesischen Bergarbeiterausstand, die mehrfach den Tatsachen nicht entsprechen. Ueber Beginn und Verlauf des Ausstandes wird uns demgegenüber von authentischer Seite mitgeteilt: Am 1. August trat eine Anzahl der Arbeiter auf einem Schacht der fiskalischen Königsgrube in Oberschlesien unerwartet und plötzlich in den Ausstand. Auf die an diese Arbeiter gerichtete Frage, weshalb dies geschehen sei, erklärten die Ausständigen, es sei gerade ein Heiligentag, und da würde nicht gearbeitet. Der Tag war ein Tag nach dem Lohntage. Im Laufe des Tages traten die ausständigen Arbeiter an die Verwaltung mit Forderungen auf eine allgemeine Lohnerhöhung heran. Die Verwaltung erklärte, daß an eine allgemeine Lohnerhöhung nicht zu denken sei, da die Löhne gegenüber denen auf den Nachbargruben reichlich hoch wären. Auch über Lohnerhöhungen in einzelnen Fällen könnte erst verhandelt werden, wenn die Arbeiter sich ihrer Pflicht erinnert hätten und wieder angefahren wären. Im übrigen müsse von den Bestimmungen der Arbeitsordnung Gebrauch gemacht werden, wonach jeder Arbeiter, der drei Tage ohne Grund aussetze, entlassen werde. Die Streikenden verhinderten Arbeitswillige für spätere Schichten an dem Anfahren, so daß in den nächsten Tagen der Streik auf weitere Schachtanlagen der fiskalischen Grube übergriff, und die Zahl der Ausständigen am Sonnabend sich auf rund 3500 belief. Am Sonnabend und Sonntag sind die Ausstandsverhältnisse in Bergarbeiterversammlungen beraten worden. Ein Teil der Führer erklärte sich gegen den Ausstand aus Mangel an Mitteln. Ein großer Teil der Arbeiter aber erklärte, daß er im Streik verharren wolle. So stand die Sache bis Sonntag. Jetzt ist bereits eine Abnahme der Zahl der Streikenden zu verzeichnen; was wohl darauf zurückzuführen ist, daß die Wege zu den Gruben polizeilich besser bewacht sind, und demgemäß die Arbeitswilligen von den Streikenden weniger belästigt werden können. Ein Teil der Streikenden wird von der Hoffnung erfüllt, daß die Bergverwaltung namentlich infolge des gegenwärtig auftretenden Kohlenmangels zum Nachgeben gezwungen werden würde. Die Hoffnung ist vollständig trügerisch. Die Verwaltung bleibt auf dem einmal eingenommenen Standpunkt, daß an eine allgemeine Lohnerhöhung nicht zu denken sei, und daß über Einzelwünsche in dieser Beziehung erst verhandelt werden könne, wenn die Ausständigen wieder angefahren seien. Der Ausstand hat sich bisher auf eine Privatgrube, die Gräfin Laura-Grube, übertragen. Hier streiken von 997 Arbeitern etwa 600. — Die letzte Depesche meldet: Der größte Teil der Belegschaft der Gräfin Laura-Grube ist wieder eingefahren; nur ein ganz geringer Bruchteil befindet sich noch im Ausstand.

* **Aus der württembergischen Kammer.** Die Zweite Kammer hat den Gesetzentwurf über die Erhöhung des Ruhegehaltes des Staatsministers a. D. von Breitling von 9000 ℳ auf 12 000 ℳ mit 39 gegen 32 Stimmen des Zentrums und der Sozialdemokraten bei einer Stimmenthaltung (vom Kiene-Zentrum) angenommen.

* **Die altenburgische Sozialdemokratie.** Der sozialdemokratische Parteitag für das Herzogtum Altenburg hat beschlossen, ein eigenes Parteisekretariat zu errichten. Die Zahl der eingeschriebenen Genossen betrug 4277, gegen 3400 im Vorjahre.

* **Arbeitgeberkongresse.** Der Arbeitgeber-Schutzverband für das deutsche Holzgewerbe ist in Hildesheim zusammengetreten. Die Verhandlungen wurden vom Vorsitzenden, Obermeister Raherdt-Berlin, geleitet. 25 Bezirksverbände waren durch 125 Delegierte vertreten. Mitsch-Berlin berichtete über den Anschluß des Verbandes an die Streikentschädigungsgesellschaft. Der Verband hat an die Gesellschaft jährlich für den Arbeiter 60 Pfg. Beitrag zu zahlen, unter Annahme eines Durchschnittslohnes von 1200 ℳ. Diese Gesellschaft hatte im letzten Jahre einen Ueberschuß von etwa 18 000 ℳ zu verzeichnen. Die Versammlung einigte sich auf folgende Resolution: Die 5. Generalversammlung des Arbeitgeber-Schutzverbandes für das deutsche Holzgewerbe erklärt die zentrale Berufsorganisation als das höchste Ziel der Arbeitgeber. Ueber das interessante Thema „Was lehrt uns der letzte Lohnkampf?" berichtete Siebel-Düsseldorf. Obermeister Raherdt betonte, daß durch den letzten Streik die Arbeitnehmer einen Verlust an Lohn von 3 Millionen Mark erlitten hätten. Auch Reichstagsabgeordneter Pauli-Potsdam riet, in der bisherigen Weise weiterzuarbeiten. Ueber die Frage, ob alle Arbeiterorganisationen beim Abschluß von Tarifverträgen als gleichberechtigt anzuerkennen seien, entspann sich eine lebhafte Diskussion, die in folgende Resolution auslief: Die Generalversammlung beschließt, alle bestehenden Arbeiterorganisationen als gleichberechtigt, verhandlungsberechtigt anzuerkennen, und sie in allen vorkommenden Fällen gemeinsam zu hören. Verbandssekretär Foobbe-Berlin behandelte das Thema „Wie treiben wir rationelle Agitation?" Ueber Arbeitsvermittelung sprach Glocke-Bremen. Ueber eine Klassifizierung der Städte bezüglich der Arbeitszeit und des ortsüblichen Lohnes wurde weiterhin noch verhandelt.

Friedens-Konferenz.

1.* **Friedenskonferenz.** Dem „Berl. Tagebl." wird aus dem Haag gemeldet: In der gestrigen Sitzung des Komitees der ersten Kommission zur Prüfung der Vorschläge betreffend die Schiedsgerichte hat der zweite deutsche Delegierte, Geheimrat Kriege, die Erklärung abgegeben, daß die deutsche Delegation gegen die Anträge stimmen wird, die für alle Streitigkeiten juristischer Natur die schiedsrichterliche Entscheidung obligatorisch machen wollen. Die eingehende Prüfung dieser von Amerika, Schweden und Portugal gestellten Anträge habe bestätigt, was Freiherr v. Marschall schon am 23. Juli ausführte, daß ein so allgemeiner Welschiedsvertrag keine wirkliche juristische Bindung darstellen würde. Geheimrat Kriege wies besonders auf die Staaten hin, wo die Anwendung des Vertrages im einzelnen Falle Sache der parlamentarischen Körperschaften sei und daher allen Zufälligkeiten parlamentarischer Abstimmungen unterliegen würde. Ein solcher Vertrag bedeute keinen Fortschritt, denn die moralische Verpflichtung der Staaten, in geeigneten Fällen zur schiedsrichterlichen Entscheidung zu greifen, sei bereits in der Konvention von 1899 ausgesprochen. Es würde im Gegenteil gefährlich sein, weil sich bedenkliche Meinungsverschiedenheiten und Konflikte über die Anwendung seiner Bestimmungen ergeben könnten. Außerdem diskreditiere man damit die gesunde Entwickelung der wirklich obligatorischen Schiedssprechung durch Verträge zwischen den einzelnen Staaten und auf Gebieten, wo sie wirklich möglich ist, und laufe Gefahr, die Idee der obligatorischen Schiedssprechung überhaupt in Mißkredit zu bringen.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

* **Die Tage von Swinemünde.** Aus Wien wird gemeldet: Das „Fremdenblatt" schreibt: Die Tage von Swinemünde haben gehalten, was von ihnen erwartet worden war. Die Trinksprüche, die bei der Abschiedsfeier an Bord des „Standart" zwischen den beiden Kaisern gewechselt worden sind, lassen einen herzlichen Einklang der Meinungen und Stimmungen erkennen. Der überlieferten Freundschaft und Verwandtschaft gedachte Kaiser Nicolaus, unveränderlich nannte Kaiser Wilhelm diese Freundschaft der Herrscherhäuser und der beiden Staaten. Ein vertrauensvolles Einvernehmen ist neu bekräftigt im Verkehr der Souveräne und in den Besprechungen der leitenden Staatsmänner. Man hat es vorher gewußt, und es ist auch noch ausdrücklich versichert worden, daß kein bestimmter Zweck die beiderseitige Aussprache in Swinemünde erforderlich gemacht habe. Aber da, wo es einer Klärung der Beziehungen nicht erst bedarf, gewährt die volle Klarheit, wie sie durch die persönliche Aussprache zwischen dem Fürsten Bülow und Herrn v. Iswolsky geschaffen wurde, eine Bürgschaft für die Möglichkeiten der politischen Zukunft. So dürfte es der Zusammenkunft von Swinemünde nachgerühmt werden, daß sie dazu beitragen werde, überall das Vertrauen in die Erhaltung des Friedens zu stärken. Vertrauen wird aber um so eher aus der Kaiserzusammenkunft keimen, weil man ihrem Ergebnis nirgends mit Mißtrauen entgegengesehen hatte. Nirgends hat man geargwöhnt, daß das Einverständnis zwischen den Herrschern und Staatsmännern des Deutschen Reiches und Rußlands sich gegen irgendwen kehren solle. An den bestehenden Verhältnissen würde auch noch den Erklärungen von deutscher wie von russischer Seite durch die Begegnung von Swinemünde weder für Deutschland noch für Rußland etwas geändert werden. Sowohl Rußland wie Deutschland hatten an den bestehenden Allianzen fest, die, während sie die Wage einstellen, in deren Schalen die Geschicke Europas liegen, es niemals verhindert haben, daß zwischen den Angehörigen der beiden großen Gruppen Verständigungen und dauernde Beziehungen hergestellt wurden. Die nachbarliche Freundschaft Rußlands und Deutschlands ist überliefert. Daß sie neuerlich erhärtet werden wird, können wir mit Genugtuung begrüßen. Niemals hat man auf Bruch dieser Freundschaft die eigene politische Rechnung stellen dürfen.

* **Kaiser und Bulgarenfürst.** Wie uns von diplomatischer Seite aus Wien mitgeteilt wird, sieht die Audienz des Fürsten von Bulgarien beim Kaiser in Ischl und dessen Unterredung mit dem Minister des Aeußern Freiherrn v. Aehrenthal auch mit den innerpolitischen Verhältnissen in Bulgarien im Zusammenhange, welche keineswegs befriedigend erscheinen und nicht ohne nachteilige Rückwirkung auf die Stellung des Fürsten geblieben sind. Fürst Ferdinand äußerte sich über diese Verhältnisse in rückhaltloser Weise und habe betont, daß er in dieser Situation mehr denn je der Unterstützung Oesterreich-Ungarns bedürfe. Besonders mit Rücksicht auf das bevorstehende Regierungsjubiläum sei eine Kräftigung seiner Position notwendig, da er sonst den Wünschen Oesterreich-Ungarns hinsichtlich der Haltung Bulgariens in der makedonischen Frage nicht gerecht werden könnte. Da jetzt zwischen Oesterreich-Ungarn und Bulgarien das vollste Einvernehmen besteht, wird dem Fürsten die möglichste Unterstützung zuteil werden.

Frankreich.

* **Das marokkanische Problem.** Aus Paris wird gemeldet: In der Mitteilung, welche den Signatarmächten der Algecirasakte von den Vertretern Frankreichs überreicht wurde, heißt es in der Hauptsache, daß die Ereignisse den beschlossenen Maßnahmen, die den Mächten notifiziert werden sollten, zuvorgekommen seien. Die Note fügt hinzu, daß die dringende Notwendigkeit es immer mehr gebiete, die Polizei in den Häfen von Marokko zu organisieren. Sie bekräftigt den Entschluß Frankreichs, die Autorität des Sultans und die Unabhängigkeit und Unversehrtheit seines Reiches aufrecht zu erhalten und zu wahren. Die Note meldet ferner, daß Ordnung, Sicher-

Feuilleton.

* **38. Jahresversammlung der deutschen anthropologischen Gesellschaft** in Straßburg. Die Verhandlungen vom 6. August leitete Prof. Rudolf Martin (Zürich) ein mit einem Referat über das System der physischen Anthropologie. Der Redner tritt für die Beschränkung dieser Disziplin auf die Erforschung des somatischen Zustandes der Volksstämme ein. In dieser Zurückhaltung fordert er die Anerkennung der Anthropologie als vollwertige akademische Disziplin an allen Hochschulen. Bisher sind nur in der Schweiz und in Bayern überall Lehrstühle für Anthropologie errichtet; Preußen und noch schlimmer das Ausland stehen zurück. Dann wurden die Mitteilungen über anthropologische Neuentdeckungen fortgesetzt. Privatdozent Dr. Heierli (Zürich) sprach über die neueren Untersuchungen schweizerischer Pfahlbauten und über den bronzezeitlichen Quellfund von St. Moritz. — Die Serie der folgenden Vorträge galt der Schädelkunde. Ueber „kraniologische Studien an Alt-Aegyptern" sprach Herr Kand. Bruno Oetteking (Zürich). Er sprach einleitend über den Wert der anthropologischen Forschung in Aegypten. Mit der Kraniologie als Basis müßten Archäologie, Geologie, vergleichende Sprachforschung ꝛc. herangezogen werden. Es drehe sich der Streit noch immer um homogene oder heterogene Zusammensetzung. In der Diskussion wurde von mehreren Gelehrten die vom Vortragenden als zweifelhaft angesehene Identität der Alt- und Neu-Aegypter als einwandsfrei nachgewiesen bezeichnet. Dann sprach Fräulein St. Oppenheim (Zürich) über die Suturen des menschlichen Schädels in ihrer anthropologischen Bedeutung. Prof. Richard Andree (München) über Hockerbestattung. Es ergibt sich, daß Raummangel, Nachahmung der Stellung des Schläfers und des Sitzens der Lebenden höchstens ausnahmsweise vorkommen, daß aber nach der Aussage der verschiedensten Naturvölker als wesentlicher Grund die Verhinderung der Wiederkehr des Toten zu betrachten sei. Ueber die seit Jahrhunderten umstrittene Frage der Lokalisationen im Gehirn sprach Geheimrat Professor Stieda (Königsberg). Seit langer Zeit hat man mit redseliger Ausführlichkeit die Windungen des Hirns als Sitz der Intelligenz beschrieben. In Wahrheit sind Gestalt, Form und Aussehen der Gehirnwindungen ganz gleichgültig für die Denktätigkeit. Die Hirnwindungen in ihrer Verschiedenheit rühren von unbekannten mechanischen Ursachen her; sie sind genau so wenig Ursachen oder Maßstäbe der Intelligenz wie die Windungen der Hand, aus denen alte Weiber prophezeien, Maßstäbe des Glückes oder der Kraft. Jedenfalls ist das einzige, was Bedeutung für die Intelligenz, die graue Hirnrinde. Hier muß die Untersuchung einsetzen. — Prof. Dr. E. Fischer (Freiburg) legte eine neue, sehr geschickt ausgearbeitete Haarfarbentafel aus Zellulose vor und knüpfte daran einige Bemerkungen über die Technik und das Ziel der Bestimmung der menschlichen Haarfarben. Soweit bisher festgestellt, wird die Haarfarbe durch vier Faktoren bestimmt: die Pigmentkörnchen, den diffusen Farbstoff, die Struktur der Oberfläche und den Luftgehalt. Bisher wurden allgemein helle und dunkle Haare unterschieden. Systematisch richtiger ist es, zwei Farbenreihen zu bilden, deren eine von Silbergrau bis Blauschwarz geht, während die andere, in Deutschland viel häufigere Reihe die gelben und braunen Haare umfaßt, also von Schwefelgelb bis zu der Farbe geht, die man vulgär schwarz nennt, die wirklich braunschwarz ist. Sind die Menschenhaare einfarbig? Das einzelne Haar ist wohl meist uni, abgesehen von Veränderungen durch äußerliche Einflüsse; aber die Bart- und Schamhaare sind in der gelbbraunen Gruppe bei 80 Prozent verschieden von den Kopfhaaren meist röter, bei der grauen Gruppe hingegen stets gleich. Ueber das Nachdunkeln und die Altersentfärbung — Zerstörung des Pigments, Eindringen von Luft — fehlen eingehende Studien. Jedenfalls beginnt die Entfärbung an den Schläfen, wo sich sonst die Haare am längsten halten. Allgemein sind die Lücken der Haaruntersuchungen noch sehr groß. — Geheimrat Professor v. Luschan (Berlin) zeigte als Direktor des Berliner Museums für Völkerkunde dessen neue Unternehmungen an, die teils schon in Angriff genommen sind, teils in den nächsten Wochen begonnen werden sollen. Zunächst soll Dr. Tekanowski den Herzog Adolf Friedrich von Mecklenburg auf seiner Expedition nach dem Westen des Viktoria-Sees begleiten. Seine Bemühungen werden in erster Linie einem der allerwichtigsten Probleme der Völkerkunde, der Erforschung der Pygmäen gelten. Dr. Ankermann begibt sich auf mindestens ein Jahr nach Nordwest-Kamerun, woher das Museum durch die nicht genug zu dankenden Bemühungen des Hauptmanns Glaueing bereits eine unvergleichliche Sammlung besitzt. Die dritte große Unternehmung ist eine Südsee-Reise, die unter dem Schutz der kaiserlichen Kriegsmarine Marinestabsarzt Dr. Stephan unternehmen wird. Begleiten werden ihn die Anthropologen Edgar Walden und Dr. Otto Schlaginhausen. Alle diese Unternehmungen hat das Museum nur dank des lebhaften Interesses des Kaisers, sowie der Staatssekretäre v. Tirpitz und Dernburg in Angriff nehmen können. Wird doch die ethnographische Erforschung der Eingeborenen in unsern Kolonien auch diese richtige Methode zu ihrer Behandlung lehren. Weitere wissenschaftliche Vorträge hielten Dr. R. Mollison (Zürich) über die Maori in ihren Beziehungen zu verschiedenen benachbarten (Australier-) Gruppen und Frau Dr. Lucy Hoesch-Ernst (Godesberg) über eine Methode zur besseren Erhaltung der Skelette. Vor der Mittagspause führte dann noch Kantonalarzt Dr. Kassel-Hochfelden elsässische Trachten in lebenden Typen und in Bildern vor mit guten Erklärungen. Viel Heiterkeit erregten die bis zu 1½ m langen Zipfelmützen, die weißen Strümpfe mit den eingestreuten Zwickeln und den roten Kamelhaar-Strumpfbändern, die großen Schueppenhauben usw. Zur Vernichtung der alten Elsässer Tracht legte der Wohlfahrtsausschuß den Grund mit einem Dekret von St. Just: „Les citoyens de Strasbourg sont invités de quitter leurs modes allemandes, puisque leurs coeurs sont français."

K.S. **Nationalfestspiele und Klopstock.** Schon seit geraumer Zeit regt sich allerorten Interesse und Freude an Festspielen. Auf dem Hügel von Bayreuth, im bayerischen Gebirge und im Böhmer Walde, am Rhein und in anderen Gebieten des Reichs veranstaltet man Schaustellungen, die mehr oder minder im nationalen Gedanken wurzeln. Sehr wertvolles hierzu äußert Fritz Lienhard in seinen „Wege nach Weimar" genannten Monatsblättern, indem er auf Klopstock und seine Dramen hinweist und erinnert, daß dem Dichter dabei etwas wie germanische Festspiele vorgeschwebt habe. Und beachtenswerter Weise, wie Lienhard weiter ausführt, gerade dort, wo Klopstock zur Welt gekommen: wo jetzt das Harzer Burgtheater von hohen Felsen auf das deutlich in der nahen Ebene liegende Quedlinburg hinabschaut. Nicht am Hermannsplatze wohl aber am Fuß der Roßtrappe lagerten ein Klopstock, Gleim, Kramer und Ramler bei einer Flasche Rotwein. Gleim wollte die Flasche zur Kühlung in die Bode setzen, stieß sie aber an einen Stein, und das köstliche Naß verrann zu allgemeinem Leidwesen im Wasser der Bode. Unter diesem Felsen ließ später Klopstock die Aldermänner seiner deutschen „Gelehrtenrepublik" herumwandern unter weisen Gesprächen; und hierher verlegte er den Schauplatz seiner „Hermannsschlacht". Seine Phantasie nahm an, daß auf dem Schloßberg zu Quedlinburg Hermann der Cheruskер geboren sei; er machte ihn also zu einem unmittelbaren Landsmann und Vorfahren Heinrichs des Vogelers. Die Roßtrappe wurde schon von Klopstock für einen Wodansaltar gehalten. Dort läßt er während der Schlacht die Barden und Druiden singen und opfern. Ja, es war ein Wunsch und Plan des weitschauenden nationalen Dichters, Karl Wilhelm Ferdinand von Braunschweig möchte mit seinen Soldaten die „Hermannsschlacht" auf der Roßtrappe oder auf dem Regenstein theatralisch darstellen und das preußische Militär aus Quedlinburg dazu einladen. Die Vorrede zu Klopstocks „Hermannsschlacht" beginnt mit den Worten: „Ich übergebe unserm erhabenen Kaiser dies vaterländische Gedicht, das sehr warm aus dem Herzen gekommen ist." Der Instinkt Klopstocks war auch hier auf rechtem Wege; doch mußte erst ein 1806, 1813, 1870 das Nötige leisten, ehe solche Ideale — von Richard Wagner dann wirksam durchgesetzt — für die Volksgesamtheit reif wurden. Auch die lange Arbeit der germanistischen Forschung, obenan der Brüder Grimm, mußte zuvor getan sein. Wohl glaubte Klopstock irgend welche dunkle Hoffnungen auf Kaiser Joseph II. setzen zu dürfen. Aber die deutsche Dichtung hatte bereits ihren Carl August; das Erreichbare kristallisierte sich um den Namen Weimar.

* **Hochschulnachrichten.** Prof. Dr. Otto Grabenwitz, der Vertreter des römischen und bürgerlichen Rechts an der Universität Königsberg hat einen Ruf nach Straßburg erhalten und angenommen. Er tritt dort an die Stelle des nach Freiburg i. Br. berufenen Prof. O. Lenel. — Der ao. Prof. der Anatomie an der Marburger Universität Dr. J. Disse wurde zum Ordinarius ernannt. — Der Regierungsbaumeister H. Wildt erhielt die venia legendi für das Fach der Raumbildung und Raumausstattung der Architekturabteilung der technischen Hochschule in Aachen.

* **Kleine Chronik.** Am 8. August begeht in Mödlingen Herr Günter Petera, der seine Theaterlaufbahn als Mitglied des Burgtheaters begonnen und als Oberregisseur am Deutschen Landestheater in Prag beendet hat, seinen siebzigsten Geburtstag. Petera war seinerzeit mit Laube an das Stadttheater und 1876 als Regisseur und Heldenvater mit Dr. Förster nach Leipzig gegangen. — Ein Privattelegramm unseres Petersburger Korrespondenten meldet: Die Mitglieder der deutschen Expedition, die das Saturnfall-Gebiet in Sibirien nach Nöbeslagern durchsucht hat, sind nach Irkutsk zurückgekehrt. Die Expedition hat ihre Forschungen den ganzen Winter hindurch betrieben. In der Nähe der Alibrowschen Graphitwerke wurden reiche Nöbeslager aufgefunden. — Die weltberühmte Kunstsammlung des bekannten Pariser Mäcens Rudolf Kann, der, nachdem er im Dienste der afrikanischen Gold- und Diamantenfirma Alfred Bell unermeßliche Reichtümer erworben hatte, in seinem prächtigen Pariser Palais zwanzig Jahre lang, zum Teil unter Assistenz erster Kunstkenner, wie zum Beispiel auch Bodes, die kostbarsten Kunstschätze zusammenbrachte, ist an die Firma Duveen Brothers übergegangen, die 21 Millionen Francs dafür bezahlt hat.

SLUB
Wir führen Wissen.